



Einsatz nicht bedingungslos fortsetzen

Seit Ende 2001 unterstützen Polizeibeamte aus Deutschland den Aufbau der Polizei in Afghanistan. Unter den 180 deutschen Polizisten, die zurzeit freiwillig Dienst in Afghanistan tun, sind auch 22 Kolleginnen und Kollegen aus NRW. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Demokratisierung Afghanistans. Durch die veränderte Lage in Afghanistan werden ihre Arbeitsmöglichkeiten aber zunehmend eingeschränkt, ihre Sicherheit wird gefährdet. In einer Anhörung des Innenausschusses hat die GdP deshalb die Landesregierung aufgefordert, zu prüfen, ob die Voraussetzungen für ihren weiteren Verbleib in Afghanistan noch gegeben sind.

In ihrer Stellungnahme gegenüber dem Ausschuss hatte die GdP ausdrücklich erklärt, dass sie Auslandseinsätze von Polizisten, die dem Aufbau einer demokratischen Polizei in anderen Ländern dienen, „grundsätzlich positiv gegenübersteht“. Schließlich habe Deutschland nach 1945 selbst erfahren, wie wichtig die Hilfe anderer Länder beim Aufbau demokratischer Strukturen ist. Trotzdem ist die positive Grundhaltung der GdP zu Auslandseinsätzen deutscher Polizisten an konkrete Bedingungen geknüpft: „Der Polizeieinsatz im Ausland darf nur nach Beendigung von Kriegshandlungen und grundsätzlich nur nach der Befriedung eines Landes erfolgen“, heißt es in der Stellungnahme für den Innenausschuss. Zudem erinnerte die GdP die Abgeordneten daran, dass die Polizei in Deutschland „Teil der Zivilverwaltung“ ist und „kein Kombattant in offenen kriegerischen Auseinandersetzungen oder in Bürgerkriegen“. Daran dürfe sich auch nichts ändern, wenn deutsche Polizisten im Ausland eingesetzt werden.

Gerade durch den zivilen Charakter ihrer Auslandseinsätze hat sich die deutsche Polizei international hohen Respekt erworben. „Die Aufgaben, den zivilen Aufbau von Ländern zu unterstützen, haben die Bundespolizei und die Polizeien der Länder bisher in einer Art und Weise

wahrgenommen, die internationale Anerkennung und das Vertrauen der Menschen in den betroffenen Regionen gefunden bzw. gewonnen hat. Die hervorragende Aufgabenerfüllung und die daraus resultierende Anerkennung ist vor dem großen Engagement der Polizistinnen und Polizisten geschuldet“, stellt



Foto: dpa

die GdP fest. Die deutschen Polizistinnen und Polizisten dürften aber „nicht als Ersatzsoldaten gefährdet werden“. Ob diese Voraussetzungen in Afghanistan noch gegeben sind, ist nach Beobachtungen der GdP zweifelhaft.

Neben dem Aufbau von Infrastrukturprojekten der afghanischen Polizei und der Unterstützung von Ausbildungs- und Trainingsprogrammen für afghanische Polizisten sind deutsche Polizeibeamte derzeit auch im Rahmen des von der amerikanischen Regierung ins Leben gerufenen „Focused District Development

Programms“ (FDD) eingesetzt. Das FDD-Programm ist der einzige Bereich, wo das Training afghanischer Polizisten noch vor Ort stattfindet. Wie hoch die Gefährdungslage der deutschen Polizisten dabei ist, schildert anschaulich eine typische Alltagssituation innerhalb des in Nordafghanistan praktizierten FDD-Programms: „Man stelle sich einen kleinen Ort in der afghanischen Landschaft vor, wo um drei bis zehn Häuser zu allen vier Himmelsrichtungen schwer gepanzerte Fahrzeuge der Bundeswehr positioniert sind und in der Ortsmitte zwei deutsche Polizisten vier bis sechs afghanischen Polizisten erklären, wie man einen Kontrollpunkt einrichtet. Hier ist spürbar die höchste Gefährdungslage gegeben, daher auch die starke Absicherung durch Bundeswehrkräfte“, erläuterte GdP-Landesvorsitzender Frank Richter die Situation vor dem Ausschuss. In den übrigen Distrikten Afghanistans findet die deutsche Polizeiausbildung nur noch in streng gesicherten Camps und Police Training Centern (PTC) statt.

Die GdP hat deshalb, unabhängig von der hohen internationalen Anerkennung, die sich Deutschland durch seinen Beitrag zum Aufbau der afghanischen Polizei erworben hat, erhebliche Zweifel, ob die Sicherheit der in Afghanistan eingesetzten Polizisten noch gewährleistet ist. „Wenn Afghanistan ein Kriegsgebiet ist, müssen die dort eingesetzten nordrhein-westfälischen Polizisten abgezogen werden“, fordert die GdP.

Zudem tritt der Landesbezirk bereits seit längerem dafür ein, dass nicht mehr die Verwaltung, sondern das von den Bürgerinnen und Bürgern gewählte Parlament darüber entscheidet, ob und in welchem Umfang Polizeibeamte aus Nordrhein-Westfalen in andere Länder entsandt werden.



Ein Abzug kann schon bald unvermeidbar sein

Mit seinem Engagement beim Aufbau der afghanischen Polizei hat sich Deutschland viel Respekt erworben. Nicht nur in Afghanistan, sondern auch bei den Verbündeten. Ein Respekt, der vor allem dem unermüdlichen Einsatz Hunderter unserer Kolleginnen und Kollegen zu verdanken ist, die seit fast zehn Jahren am Hindukusch den Aufbau einer demokratischen Polizei unterstützt haben oder dort noch immer Dienst tun. Ohne ihr persönliches Engagement, ohne ihre Bereitschaft, selber große Risiken in Kauf zu nehmen, sähe es um die Stabilität Afghanistans anders aus.

Aber die politische Situation in Afghanistan hat sich grundlegend verändert. Nicht nur was die Gefährdungslage der nach Afghanistan entsandten deutschen Polizistinnen und Polizisten betrifft, sondern auch in Bezug auf die innere Stabilität des Landes. Schon lange findet die Ausbildung afghanischer Polizisten nicht mehr in den Dörfern und Städten Afghanistans statt, sondern nur noch in den streng gesicherten Militärcamps der westlichen Staatengemeinschaft.

Was aber, so ist zu fragen, passiert, wenn die Bundeswehr, die die deutschen Polizisten in Afghanistan schützen soll, sich selber nicht mehr schützen kann? Und was passiert im Falle eines Abzugs der Bundeswehr? Wer schützt dann unsere Kolleginnen und Kollegen in Afghanistan?

Grundlegend verändert hat sich die Situation in Afghanistan aber nicht nur wegen der dramatisch verschlechterten Sicherheitslage, sondern auch wegen eines Strategiewechsels. Ein Strategiewechsel, der dazu geführt hat, dass die von unserer Verfassung vorgegebene Trennung zwischen Aufgaben

der Polizei und Aufgaben des Militärs in Afghanistan nicht mehr funktioniert. Sie funktioniert nicht mehr, weil die afghanische Polizei längst Teil des dort offen ausgebrochenen Bürgerkriegs ist. Sie funktioniert nicht mehr, weil selbst die von deutschen Polizisten ausgebildeten afghanischen Polizisten nach Ende ihrer Ausbildung oftmals auch zu paramilitärischen Zwecken eingesetzt werden.

In Deutschland ist die Polizei stets Teil der Zivilverwaltung, nicht Kombattant in einer militärischen Auseinandersetzung oder in einem Bürgerkrieg. In Afghanistan gibt es diese Trennung nicht. Was, so ist zu deshalb zu fragen, ist zu tun, wenn die Grenze zwischen dem Schutz der inneren Sicherheit mit polizeilichen Mitteln und der Herstellung des inneren Friedens mit militärischen Mitteln in Afghanistan immer mehr verschwimmt? Können deutsche Polizisten dann noch in Afghanistan bleiben? Und wenn ja, bis zu welchem Punkt?

Die Politik hat entschieden, dass deutsche Polizisten nach Afghanistan gehen sollen. Deshalb muss die Politik jetzt auch entscheiden, wie lange deutsche Polizistinnen und Polizisten noch in Afghanistan bleiben sollen? Und unter welchen Bedingungen?

Frank Richter



GdP erzielt überragenden Wahlerfolg

Bei der Ende Mai durchgeführten Wahl zur Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) hat sich die GdP als einzige der drei Polizeigewerkschaften an allen elf Ausbildungsstandorten mit eigener JAV dem Votum der Auszubildenden gestellt. In den kommenden zwei Jahren stellen die Kandidatinnen und Kandidaten der GdP in Aachen, Bonn, Köln, Düsseldorf, Gelsenkirchen, Hagen, Dortmund und beim LZPD alle JAV-Mitglieder. In Duisburg, Münster, Bielefeld, wo auch konkurrierende Vorschlagslisten zur Wahl standen, erreichte die GdP neun der elf Mandate. Zudem entfallen auf die GdP alle fünf Sitze in der Polizeihauptjugend- und Auszubildendenvertretung (PHJAV) – erstmals seit 2001.

Das überragende Wahlergebnis ist in erster Linie das Resultat der kompetenten und engagierten Arbeit der GdP-Vertreter in den JAV-Gremien der Polizei und des engagierten Wahlkampfes in den zurückliegenden Monaten. „Der ausdrückliche Dank dafür gilt allen Kandidatinnen und Kandidaten und den politisch aktiven Mitgliedern in den Kreisgruppen und Bezirksverbänden, aber auch auf der Landesbezirksebene, die dieses Ergebnis möglich gemacht haben“, hebt Vorstandsmitglied Karl-Heinz Kochs das große Engagement während der JAV-Wahlen her-

vor. Ganz besonders bedankt sich die GdP bei den Auszubildenden und den Kommissaranwärterinnen und -anwärtern, die den Kandidatinnen und Kandidaten der GdP ihre Stimme gegeben haben. „Wir wissen, dass das gute Wahlergebnis eine große Verpflichtung für die Arbeit in den nächsten beiden Jahren darstellt.“

Um mit der Einlösung dieses Versprechens direkt zum Start der neuen Amtsperiode zu beginnen, hat sich bereits am 27. Mai die neue PHJAV im Innenministerium konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde Ernst Herget (PP Hagen) gewählt,

zu den beiden stellvertretenden Vorsitzenden René Berg (PP Köln) und Yvonne Vennemann (PP Münster).

Leider ruft jeder Erfolg aber auch Neider auf den Plan. Wie bereits nach anderen, von ihr verlorenen Wahlen, hat die DPoG auch in diesem Jahr angeklagt, den Gerichtsweg zu beschreiten. Beklagt werden soll die Wahl in Münster. Ein Eilantrag, die dortige JAV-Wahl zu stoppen, wurde am 24. Mai vom Verwaltungsgericht allerdings abgewiesen.

Dass die DPoG dennoch die von der GdP deutlich gewonnene Wahl in Münster jetzt erneut anfechten will, hat die GdP mit großer Gelassenheit zur Kenntnis genommen. Sie hat keine Angst davor, sich ein zweites Mal dem Votum der Wählerinnen und Wähler zu stellen. Die Tatsache, dass lediglich in drei von elf Behörden Wahlvorschläge von Mitbewerbern eingereicht wurden, und dass die GdP landesweit ein Wahlergebnis von 84 Prozent erreichen konnte, macht deutlich, wem die Auszubildenden eine effektive Vertretung ihrer Interessen zutrauen.



Aussetzung der Führungsbildung nicht akzeptabel

In den letzten Wochen haben die GdP viele Anfragen erreicht, warum die Führungsbildung des gehobenen Dienstes beim LAFP gestoppt worden ist? Trotz sofortiger Rückfragen der GdP-Vertreter im Hauptpersonalrat der Polizei ist das Innenministerium bislang eine Antwort auf diese Frage schuldig geblieben. Die GdP hält diese Form des Umgangs mit den Führungskräften der Polizei für nicht akzeptabel und drängt auf eine zeitnahe Wiederaufnahme der Fortbildung.

Der Sachstand stellt sich im Einzelnen wie folgt dar:

1. Mit Datum vom 4. Oktober 2010 erhielt der Polizeihauptpersonalrat (PHPR) eine Vorlage zur Mitbestimmung zum Jahresprogramm für die zentrale Fortbildung der Polizei NRW. In dieser Vorlage (der so vom PHPR zugestimmt wurde) stand der Passus: „Die Teilnahme an der Führungsbildung gem. §§ 24 II, 26 LVOPol wird gesondert geregelt“.

2. Mitte Januar 2011 erhielt der PHPR Kenntnis, dass angeblich die Zielgruppe der Teilnehmer der Führungsbildung und die Begrifflichkeiten (Führungsbildung/Funktionsfortbildung) sowie die Fortbildungsinhalte am 29. Dezember 2011 in einer Besprechung zwischen dem Innenministerium und dem LAFP erörtert und verändert wurden. Des Weiteren sollte der erste Lehrgang für diese neuen Zielgruppen bereits beim LAFP in Münster laufen. Als Konsequenz hieraus wurde den Behörden u. a. mitgeteilt, dass ab sofort der Vertreter des Wachdienstführers nicht mehr zur Führungsbildung entsandt werden könnte.

3. Gegen dieses Verfahren hat der PHPR umgehend interveniert und die Mitbestimmung gem. § 72 Abs. 4 Nr. 16 LPVG eingefordert. Des Weiteren hat der PHPR den Innenminister darum gebeten, die Führungsbildung neuer Art bis zur Zustimmung des Hauptpersonalrats umgehend auszusetzen.

Nachdem zunächst die Mitbestimmung vom Innenministerium bezweifelt wurde und der PHPR für diesen Fall mit einer Klage vor dem Verwaltungsgericht drohte, wurde Anfang Februar 2011 auch seitens des IM ein Mitbestimmungsrecht in dieser Angelegenheit eingeräumt. Zwischen dem Ministerium und dem PHPR wurde vereinbart, dass der aktuell laufende Lehrgang (Beginn 24. Januar 2011) zu Ende geführt wird, die weiteren

Lehrgänge der Führungsbildung aber ausgesetzt werden und der PHPR umgehend beteiligt wird.

4. Bei dieser Zusage ist es geblieben: Seit Anfang Februar hat das Innenministerium nichts mehr unternommen, um die Angelegenheit zu klären. Mehr noch: Bis Anfang Juni 2011 lag dem PHPR noch nicht einmal ein Konzept des IM zur neuen Führungsbildung vor.

Für diese zeitliche Verschleppung gibt es aus Sicht der GdP keine sachliche und nachvollziehbare Begründung. Würde man dieses Verhalten des Ministeriums unter Führungsgrundsätzen bewerten müssen, käme man wohl zum Ergebnis „mangelhaft“ bis „ungenügend“.

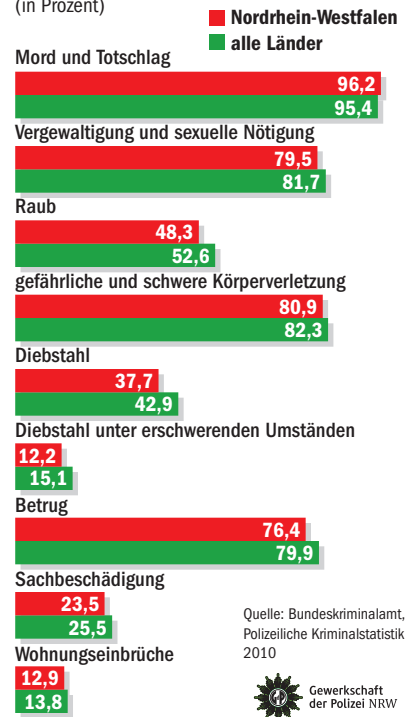
Adi Plickert, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP und Vorsitzender des PHPR, kritisiert die Blockadehaltung des Innenministeriums: „Es ist völlig unverständlich, warum wir bis zum heutigen Tage keine Vorlage zur neu geplanten Führungsbildung erhalten haben. Der PHPR hat in der Vergangenheit wiederholt eine Vorlage des Ministeriums eingefordert, ohne das dem bislang Rechnung getragen wurde.“ Geärgert hat den PHPR-Vorsitzenden zudem, dass von interessierter Stelle im Land kolportiert wird, der PHPR trage die Schuld an der Verzögerung. „In diesem Schwarze-Peter-Spiel gehört der Ball in die Spielhälfte, die für den katastrophalen Spielstand verantwortlich ist, und dies ist die Spielhälfte des Innenministeriums, das es bis heute nicht geschafft, hat dem PHPR ein Konzept vorzulegen“.

Aus Sicht der GdP geht von dieser Blockadehaltung des Ministeriums das fatale Signal aus, dass das IM die Führungsbildung des gehobenen Dienstes für unwichtig hält. „Das verwundert umso mehr, als dass gerade die Vertreter des Innenministeriums in Besprechungen oft vermeintliche Führungsdefizite des gehobenen Dienstes ansprechen.

Deshalb müsste das Ministerium eigentlich gut beraten sein, junge Führungskräfte mit den entsprechenden Kompetenzen auszustatten, um sie professionell auf die Übernahme künftiger Führungsaufgaben vorzubereiten“, rät Plickert. Aus diesem Grunde fordert die GdP das IM auf, umgehend die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die Führungsbildung wieder durchgeführt werden kann.

NRW bleibt zurück

Aufklärungsquote ausgewählter Straftaten (in Prozent)



Die Kriminalstatistik der einzelnen Länder ist nur bedingt untereinander vergleichbar, weil das Anzeigeverhalten und die Schwerpunktsetzung bei der Kriminalitätsbekämpfung voneinander abweichen. Hinzu kommen die unterschiedlichen Strukturen wie Grad der Verstädterung, Industrialisierung, Sozialstruktur. Dennoch fällt auf, dass NRW in der Ende Mai veröffentlichten Polizeilichen Kriminalstatistik 2010 in Bezug auf die Aufklärungsquote bei den meisten Straftatbeständen hinter dem bundesweiten Schnitt zurückliegt.



Nur wenig Entlastung

Die Aufregung war groß, als Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) im vergangenen Jahr angekündigt hat, die von der schwarz-gelben Vorgängerregierung gesenkte Eigenbedarfsgrenze, bis zu der die Staatsanwaltschaft bei Drogenkonsumenten auf eine Strafverfolgung verzichten kann, wieder auf die bis 2007 geltenden Grenzwerte heraufzusetzen. Als der Erlass am 1. Juni in Kraft getreten ist, war das Medienecho hingegen nur noch gering.

Kutschaty hatte seinen Drogenerlass damit begründet, dass durch den abgesenkten Grenzwert unnützlich Kapazitäten bei Polizei und Staatsanwaltschaft gebunden werden, die anschließend bei der Strafverfolgung der Dealer und Hintermänner des Milliarden Euro schweren Drogenkartells fehlen. Aus dem gleichen Grund hat die GdP den Erlass von Kutschaty als einen „richtigen Schritt zur Rückkehr zu einer rationalen Drogenbekämpfungspolitik“ gelobt. Nach Einschätzung der GdP geht der Erlass allerdings nicht weit genug – denn für die Polizei bringt er im Alltag kaum Arbeitserleichterungen: Auch nach der veränderten Rechtslage müssen Polizeibeamte je-

den Besitz selbst kleinster Mengen weicher Drogen zur Anzeige bringen, obwohl die entsprechenden Strafverfahren anschließend in Serie von der Staatsanwaltschaft zur Einstellung gebracht werden.

Auf dem Kriminalpolitischen Forum im Februar dieses Jahres hatte die GdP deshalb vorgeschlagen, den Paragraph 31a des Betäubungsmittelgesetzes dahingehend zu ändern, dass auch die Polizei gegen Auflagen von einer Strafverfolgung absehen kann, wenn ohnehin erkennbar ist, dass das entsprechende Strafverfahren wegen Geringfügigkeit eingestellt wird. „Uns geht es nicht um eine Freigabe illegaler Drogen“, hatte Vorstandsmitglied Wolfgang Spies seinerzeit erklärt, „aber das jetzige Verfahren bindet nur unnötig Ressourcen.“

Parallel mit der Veröffentlichung des neuen Drogenerlasses hat der Justizminister angekündigt, die Präventionsarbeit gegen illegale Drogen weiter stärken zu wollen. Dazu müsse nach seiner Vorstellung auch eine landesweite Aufklärungskampagne an Schulen gehören, unter dem Motto: „Lass die Finger weg von dem Mistzeug!“

Widerstand lohnt sich

Im vergangenen Jahr war die GdP massiv sturmgefahren, weil die Direkteinsteiger bei der Polizei wegen Arbeitsüberlastung des Landesamtes für Besoldung und Versorgung (LBV) mit zweimonatiger Verspätung ihr Gehalt erhalten sollten. Erst nachdem die GdP den Skandal öffentlich gemacht hatte, wurden die ausstehenden Gehälter für die Bachelor-Studentinnen und -Studenten nachgezahlt.

In diesem Jahr soll sich der Skandal nicht wiederholen. Nach Informationen, die der GdP vorliegen, sollen Namen und Bankverbindung aller Direkteinsteiger bereits vor der Zuweisung an die einzelnen Ausbildungsbehörden vom LZPD dem Landesamt für Besoldung und Versorgung (LBV) übermittelt werden. Dadurch können die Daten der Direkteinsteiger frühzeitig in den Gehaltslauf eingepflegt werden. Mitverantwortlich für das Chaos im vergangenen Jahr war auch die katastrophale personelle Unterbesetzung des LBV. DGB und GdP hatten 2010 gemeinsam erreicht, dass zumindest im Servicecenter und in der Fallbearbeitung einige zusätzliche Stellen eingerichtet wurden.

Hilfe auch jenseits der Grenze



Gewerkschaften. Dies gilt natürlich auch im internationalen Maßstab“ – mit diesen Worten präsentierte Frank Richter, Vorsitzender der GdP NRW, und Han Busker, Vorsitzender des Nederlandse Politie Bond (NPB), auf der Jahreskonferenz des NPB am 24. Mai in Maastrich die gemeinsame Rechtsschutzkarte beider Gewerkschaften. Die „Rechtshulpkaart“, wie unsere niederländischen Kollegen sie nennen, ist Ausdruck für die intensive Zusammenarbeit von GdP und NPB.

Egal, ob im Rahmen praktischer grenzüberschreitender Kooperation von grenznahen Polizeibehörden, im dienstlichen Einsatz von nordrhein-westfälischen Kolleginnen und Kollegen im Sommer an der Nordsee oder von niederländischen Kolleginnen und Kollegen auf den Weihnachtsmärkten in Düsseldorf oder Köln – überall werden die grenzüberschreitenden Kontakte immer selbstverständlicher. Deshalb haben auch GdP und NPB ihre Zusammenarbeit weiter

ausgebaut. Ein wichtiger Schritt dabei ist der gegenseitige Rechtsschutz.

Konkret: Mitglieder der GdP erhalten in den Niederlanden grundsätzlich Rechtsschutz. Und für die niederländischen Kolleginnen und Kollegen gilt das natürlich umgekehrt genauso. Der Rechtsschutz erstreckt sich auf alle dienstlichen Handlungen in den Niederlanden. Maßgeblich für die Rechtsschutzgewährung sind für die GdP-Mitglieder die Rechtsschutzbestimmungen der GdP, für die Mitglieder des NPB die Bestimmungen des Nederlandse Politie Bond.

Han Busker und Frank Richter sind sich einig: „Dieses Rechtsschutzabkommen ist ein wichtiger Schritt in der Zusammenarbeit unserer Gewerkschaften und eine praktische Hilfe für unsere Kolleginnen und Kollegen.“

Die Rechtsschutzkarten, auf denen auch die wichtigsten Adressen und Telefon-Nummern verzeichnet sind, gibt es in NRW ab sofort in allen Kreisgruppen und beim GdP-Landesbezirk.

„Die gewerkschaftliche Schutzfunktion ist mit die wichtigste Aufgabe unserer



GdP INTERN

Glücksnummern des Monats

45 17362
Wilfried Krückenmeier, Ennepe-Ruhr
45 09199
Kurt Boenke, Bochum
45 19449
Katrin Toschke, Düsseldorf
45 19990
Christina Zimmer, Aachen

**Die Gewinner erhalten einen
Polizei-Teddy.**

Familientag im Movie Park

Unter den Events gehört der Familientag der GdP zu den Klassikern. In diesem Jahr findet das traditionelle Treffen für alle GdP-Mitglieder, ihre Familien und ihre Freunde am letzten Juli-Samstag im Movie Park in Bottrop-Kirchhellen statt. Für alle, die am 30. Juli den Movie Park mit einem Eintrittscoupon der GdP besuchen, ermäßigt sich der Eintritt von 33 auf 19 Euro. Kinder bis drei Jahre haben freien Eintritt. Für GdP-Mitglieder gibt es zudem in ausgewählten Restaurants einen Preisnachlass von 10 Prozent auf Speisen und Getränke sowie von 20 Prozent auf ausgewählte Produkte in den Shops. Und natürlich ist die GdP beim Familientag wieder mit einem eigenen Stand im Movie Park aktiv.

Mehr Infos: GdP-Servicetelefon 02 11/ 2 91 01 10.

Hurra! Riesenspaß im Movie Park

Gesellschaft der Polizei NRW
GdP-Familientag am
30.07.2011 im Movie Park

Sonderpreis: 19 €* p.P. (statt 33€ p.P.)
Kinder bis einschließlich 3 Jahren haben freien Eintritt.

* Sonderpreis nur gültig bei 100 GdP 2011 Eintrittscoupons der GdP-Gesellschaft im Movie Park Bochum.
Die Coupons erhalten Sie ab Juli 2011 bei den örtlichen Gruppen der GdP.

10% Ermäßigung auf Speisen- und Getränkeangebote des Parks
20% Ermäßigung auf allen Shops
*Gültig bei ausgewählten Speisen in den Restaurants und Shops. Nicht gültig bei den meisten Getränken. Keine Kombination mit anderen Aktionen möglich.

Mehr Infos unter der GdP-Servicenummer: 0211-291010

Wir sind die GdP



68 Motorradfahrer sind im vergangenen Jahr auf NRWs Straßen ums Leben gekommen, 3329 wurden zum Teil schwer verletzt. Und die Unfallzahlen, die von diesem Frühsommer bereits vorliegen, lassen nichts Gutes ahnen. Diesem Trend etwas entgegenzusetzen und den Start in die Bikersaison sicherer zu machen, ist das Ziel des Fahrsicherheitstrainings, zu dem die Kreisgruppe Unna in diesem Jahr schon zum fünften Mal in Folge eingeladen hat – gemeinsam mit dem Landesbezirk. 18 Biker aus verschiedenen Kreisgruppen aus NRW hatten Mitte April nach der langen Winterpause ihre Fahrkenntnisse auf einem eigens abgesteckten Übungsparcours aufgefrischt. Gekommen wären gerne noch mehr, aber die Teilnehmerzahl musste nach oben begrenzt werden, um den Lernerfolg nicht zu gefährden. Doch die, die kommen durften, waren begeistert. „Ich habe in den vielen Jahren, in denen ich zuvor dienstlich Kradfahrerin war, gelernt, dass man mit der Bremswirkung des eigenen Krads vertraut sein muss, um in kritischen Situationen richtig zu reagieren. Die Auffrischung nach dem Ende der kalten Jahreszeit hat dabei gutgetan“, meinte beispielsweise Beate Kohlhas, die als Bezirksbeamtin in Bergkamen arbeitet.

Auch die Organisatoren des Biker-Trainings um Gerd Werner (LZPD), Jörg Deubner und den Kreisgruppenvorsitzenden Willi Kleimann, sind zufrieden. Im kommenden Jahr können sie sich sogar eine Ausweitung des Angebots vorstellen. „Natürlich sind auch die Trainingskurse anderer Veranstalter nicht schlecht, aber wir wollen nicht nur dienstlich über Prävention reden, sondern auch konkrete Angebote machen“, meint Willi Kleimann. Er will deshalb mit dem Landesbezirk reden, ob sich durch eine Ausweitung des Angebots die Warteliste im kommenden Jahr etwas verkürzen lässt.“

GdP aktiv

8. 7., Kreisgruppe Bonn, Operettenaufführung „Der Zigeunerbaron“, Freilichtbühne Zons, Treffpunkt: 15.30 Uhr, Busbahnhof Ramersdorf, Anmeldung: Bernd Pichler, Tel.: 0 22 41/31 22 00

18.–20. 7., Seminar „Schichtdienst bei der Polizei – Aktuelles, Fragen, Perspektiven“, Wildbergerhütte/Oberbergisches Land, Infos: GdP-Servicetelefon 02 11/ 2 91 01 10

23. 7.–6. 9., Sommerferien NRW

24. 7., 1. Jahrestag des tragischen Unfalls bei der Duisburger Loveparade

25. 7., Beginn der Parlamentarischen Sommerpause des Landtags

30. 7., GdP-Familientag, Movie Park Bottrop-Kirchhellen, Infos: GdP-Servicetelefon 02 11/2 91 01 10



Beiträge angepasst

Am ersten April sind die Bezüge der Polizeibeamtinnen und -beamten und die Einkommen der Tarifbeschäftigten bei der Polizei in NRW um 1,5 Prozent gestiegen. Weil die Arbeit der GdP über die Mitgliedsbeiträge finanziert wird, hat der Landesbezirk NRW jetzt den Gewerkschaftsbeitrag der GdP-Mitglieder entsprechend angepasst. Für die Beamten, Tarifbeschäftigten und Pensionäre steigt der Mitgliedsbeitrag mit Wirkung zum 1. Juli um 1,5 Prozent. Für die Rentnerinnen und Rentner steigt der GdP-Beitrag – wegen der entsprechend geringer ausgefallenen Rentenanpassung zum 1. Juli – zum gleichen Zeitpunkt um ein Prozent. Für Kommissaranwärterinnen und -anwärter bleibt der Mitgliedsbeitrag unverändert bei 4,34 Euro. Der neue Mitgliedsbeitrag wird erstmals im August mit der Fälligkeit für das 3. Quartal 2011 abgebucht.

Gedenkstätte übergeben

104 Polizistinnen und Polizisten sind in NRW seit dem Kriegsende im Dienst ermordet worden, mehr als 400 sind Unfällen zum Opfer gefallen. Die Gefahr, als Polizeibeamter im Dienst getötet oder lebensgefährlich verletzt zu werden, ist keine theoretische Gefahr, sondern sie lauert überall. Sie kann jeden treffen, gerade in scheinbar harmlosen Alltagssituationen.

Seit dem 15. Juni gibt es im Eingangsbereich des LAFP-Standortes Selm für die im Dienst getöteten oder schwer verletzten Kolleginnen und Kollegen einen zentralen Ort des Erinnerns. Eine rosti-

ge, überlebensgroße Wächter-Figur des auch international renommierten Künstlers Anatol, gesäumt von fünf großen, steinernen Findlingen. Anatol, der selber Polizist war, bevor er zum Künstler wurde, will mit seinem Wächter ein Zeichen für Frieden und Menschlichkeit setzen.

Finanziert wurde die Gedenkstätte durch Spenden von Kolleginnen und Kollegen. Gesammelt wurde auf unzähligen Polizeifesten, bei Ausflügen und Skatabenden. Auch der GdP-Landesbezirk hat das von der Polizeistiftung NRW initiierte Projekt unterstützt – mit einer Spende von 6000 Euro.

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

1. 7. August Bökler, Kreuzau
2. 7. Lieselotte Porsch, Oberhausen
Hildegard Wilczek, Düren
4. 7. Gertrud Krizon, Löhne-Gohfeld
Werner Spieker, Datteln
Wanda Steck, Essen
5. 7. Hildegard Holz, Gelsenkirchen
10. 7. Anneliese Köppen, Lingen
14. 7. Barbara Aulenkamp,
Rheda-Wiedenbrück
18. 7. Christine Kersjes, Oberhausen
21. 7. Margarete Bökemeier, Bochum
22. 7. Anna Maria Braß,
Bergisch Gladbach
28. 7. Richard Golinski, Leverkusen
Erich Matzeit, Bielefeld
31. 7. Hilde Halfmann, Wuppertal
Magdalene Maronde, Köln

91. Geburtstag

4. 7. Betty Porscha, Bonn
7. 7. Alwine Winkler, Mettmann
9. 7. Margareta Feldmann, Köln
10. 7. Margarete Kolbe, Bielefeld
11. 7. Johanna Thoerner, Leverkusen
Ilsa Wüstenbecker, Lemgo
14. 7. Peter Kohl, Krefeld
16. 7. Mathilde Strube, Lippstadt
19. 7. Kurt Lutz, Wuppertal
Karola Oeffner, Euskirchen
20. 7. Hildegard Krabbe, Bad Salzuflen
29. 7. Jakob Claren, Bonn

92. Geburtstag

15. 7. Magda Bollermann, Nettetal
Heinrich Palmer, Münster
17. 7. Ursula Haelbig, Emmerich
Irmgard Küppers, Remscheid
23. 7. Lieselotte Odrian, Kaarst

93. Geburtstag

15. 7. Gertrud Keggenhoff, Soest
31. 7. Hubert Ruhnau, Bonn

94. Geburtstag

6. 7. Alfred Biskup, Wuppertal
16. 7. Maria Coenen, Hückelhoven
31. 7. Liselotte Lange, Dortmund

95. Geburtstag

7. 7. Hedwig Theusz, Dortmund
19. 7. Meta Berger, Gelsenkirchen
29. 7. Anneliese Bracke, Bad Laasphe

96. Geburtstag

9. 7. Wilhelm Janßen, Neukirchen-Vluyn
10. 7. Marianne Ingendahl, Siegburg
29. 7. Wilma Birkemeyer, Essen

97. Geburtstag

12. 7. Bernhard Schulz, Krefeld
13. 7. Elfriede Gorski, Dortmund

98. Geburtstag

12. 7. Herbert Leder, Gescher
14. 7. Martin Frank, Gelsenkirchen
23. 7. Anna Wilhelmine Broeskamp,
Münster; Hans Stülpner, Hagen



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hildden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die August-Ausgabe
ist der 12. Juli 2011.**

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de

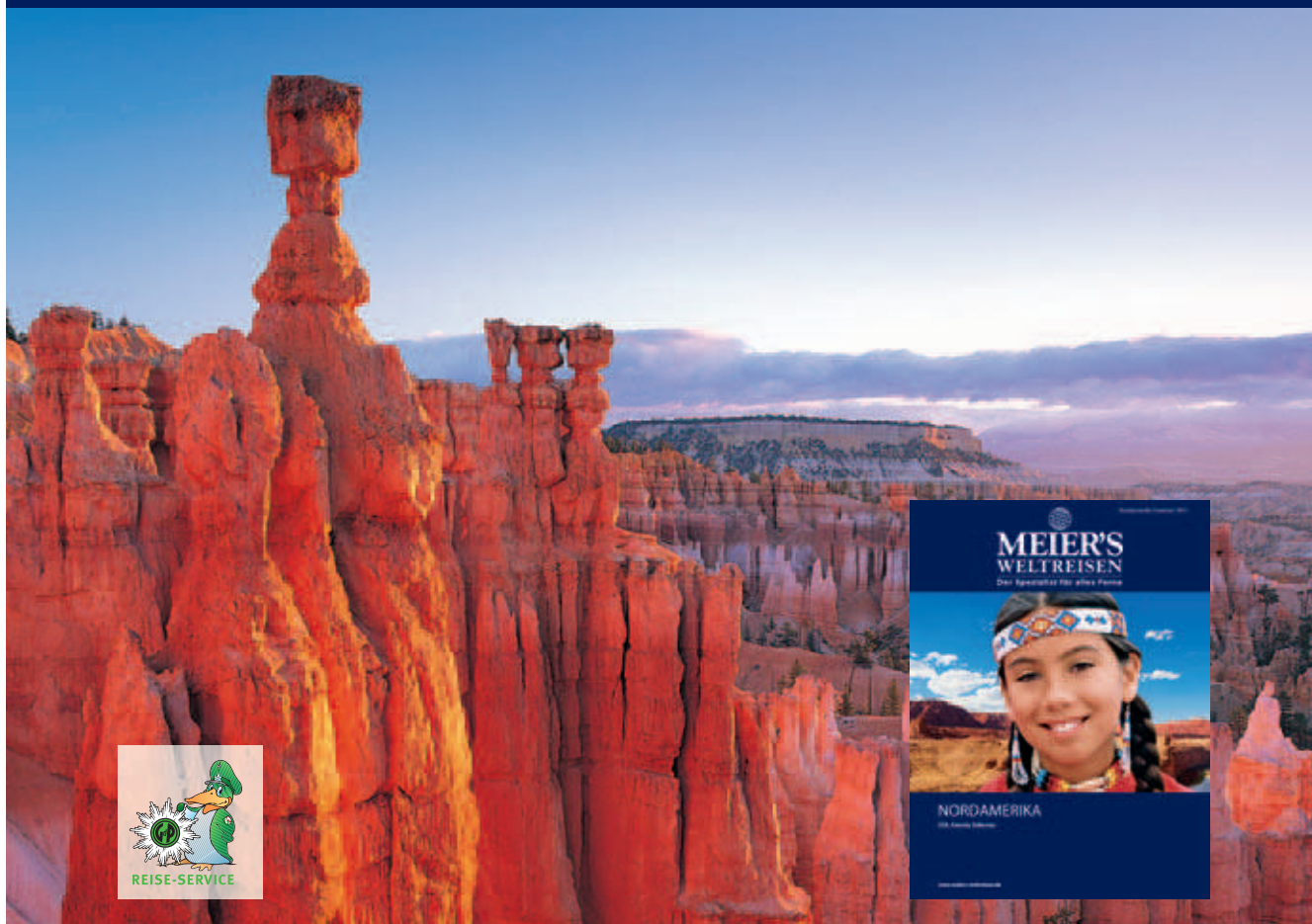
**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP wünscht
allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**





MEIER'S WELTREISEN

Der Spezialist für alles Ferne



Atemberaubende Nationalparks und Metropolen – mit MEIER'S WELTREISEN den Westen der USA erleben!

Busrundreise

Höhepunkte des Westens

14 Nächte/Verpflegung lt. Programm

Inklusive: Flug ab/bis Deutschland, Zug zum Flug, Stadtrundfahrten in Los Angeles und San Francisco, 1 individuelles MEIER'S WELTREISEN Reisehandbuch

Pro Person im Doppelzimmer ab

€ **1.899**

Kampagne zur Mitgliederwerbung gestartet



Die drei mitgliederstärksten Kreisgruppen der GdP im Landesbezirk NRW – Olpe, der Ennepe-Ruhr-Kreis und der Erftkreis – kommen auf einen Organisationsgrad von 84 Prozent. Aber es gibt auch Kreisgruppen, bei denen weniger als 50 Prozent der Beschäftigten organisiert sind. Jedenfalls dann, wenn man zuvor die Bachelor-Studentinnen und -Studenten herausrechnet. Der GdP-Vorstand will das ändern – denn schließlich profitieren alle Beschäftigten bei der Polizei vom dem, was die GdP für sie gegenüber der Politik und dem eigenen Arbeitgeber herausholt.

Anfang Juli startet der Landesbezirk deshalb eine neue Werbekampagne, die vor allem auf die Beschäftigten zielt, die bereits seit längerer Zeit bei der Polizei arbeiten, ohne einer Gewerkschaft anzugehören. Egal, ob sie einmal aus einer persönlichen Verärgerung der GdP den Rücken gekehrt haben, oder ob sie kein Gewerkschaftsmitglied sind, weil sie schlicht und ergreifend nie auf eine Mitgliedschaft angesprochen worden sind. Die neue Werbekampagne setzt auf die Kraft der Argumente. Und darauf, dass die Mitglieder die bisherigen Nichtmitglieder aktiv ansprechen und für die GdP gewinnen.

Damit sich die Mühe lohnt, werden unter allen GdP-Mitgliedern, die zwischen dem 1. Juli und dem 1. Dezember ein neues Mitglied erworben haben, das nicht Berufseinsteiger bei der Polizei ist, attraktive Prämien ausgelost. Hauptprämien sind eine Reise zu einem Champions-League-Spiel für zwei Personen (Anreise und Tickets) und ein Einkaufswochenende in einer europäischen Metropole (Flug und eine Übernachtung). Wer an der Auslosung teilnehmen will, muss als Werber auf der Beitrittserklärung nur

das Stichwort „Mitgliederaktion“ vermerken.

Mehr Infos: Werner Dominke, Tel. 02 31/1 32-10 44, E-Mail: wernerdominke@t-online.de

Senioren aktuell

Kreisgruppe Aachen

24. August, Seniorenjahresfahrt mit dem Bus zur Bundesgartenschau nach Koblenz. Unkostenbeitrag: 33 Euro (Busfahrt und Eintrittskarte), Treffpunkt: 8.45 Uhr, PP Aachen, Rückfahrt: 18.00 Uhr, Anmeldung: Ralf Dünzer, Tel.: 02 41/95 77-2 30 03, Anmeldeschluss: 19. August 2011 (begrenzte Teilnehmerzahl).

Kreisgruppe Köln

21. Juli, Info-Treffen, Ingeborg Heinze vom Beratungsdienst Geld und Haushalt referiert zum Thema: Auf Nummer sicher, Vollmachten und Verfügungen, Treffpunkt: 14.00 Uhr Pfarrsaal St. Georg, Waidmarkt/Ecke Georgstr., 50676 Köln

Kreisgruppe Soest

11. Juli, Info-Veranstaltung zu einem Tagesseminar, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Stadtparkcafé, Am Stadtpark 1, 59494 Soest

NACHRUF

| | | | | | |
|---------------------|--------------|-----------------|---------------------|--------------|----------------------------|
| Klaus Bänsch | 23. 5. 1945 | Bochum | Eberhard Lassen | 19. 2. 1938 | Leverkusen |
| Heinz Dieter Bäsken | 2. 11. 1942 | Krefeld | Werner Lorenz | 30. 7. 1938 | Autobahnpolizei Düsseldorf |
| Franz Bischoffs | 27. 3. 1930 | Wesel | Ferdinand Müller | 12. 12. 1912 | BZ Erich Klausener |
| Magdalene Breuer | 18. 3. 1930 | Lippe | Josef Multhaup | 20. 8. 1918 | Heinsberg |
| Gerda Burmeister | 8. 1. 1956 | Bochum | Waltraud Nußbaum | 4. 9. 1924 | Minden-Lübbecke |
| Helmut Capellmann | 18. 7. 1938 | Aachen | Gregor Pohl | 31. 8. 1914 | Köln |
| Hans-Jürgen Damrow | 16. 3. 1930 | Wesel | Arno Pohlmann | 22. 6. 1929 | Oberhausen |
| Karl-Heinz Dongert | 30. 12. 1927 | Gelsenkirchen | Paul Röhr | 21. 2. 1921 | Neuss |
| Ilse Ebeling | 13. 6. 1920 | Bonn | Manfred Salomon | 30. 10. 1937 | Bochum |
| Erna Frede | 27. 8. 1918 | Bergisches Land | Rudolf Schäfer | 22. 4. 1929 | Siegburg |
| Ulrich Giebelmeyer | 15. 9. 1952 | Siegburg | Paula Schmiegel | 17. 3. 1917 | Paderborn |
| Euphemia Godejohann | 14. 1. 1924 | Münster | Agnes Schroeder | 7. 1. 1929 | Bochum |
| Lore Godelmann | 30. 10. 1932 | Selm | Heinz Jürgen Späth | 27. 8. 1935 | Bochum |
| Walter Henze | 16. 11. 1923 | Erftkreis | Veit Sprenger | 10. 2. 1951 | Köln |
| Lothar Hiller | 19. 4. 1953 | Hagen | Kurt Stellmacher | 22. 5. 1924 | Bergisches Land |
| Karl Hoefeler | 29. 7. 1926 | Mönchengladbach | Günter Stolze | 3. 7. 1921 | Märkischer Kreis |
| Heinrich Hoffmann | 26. 1. 1940 | Köln | Martha Sudholt | 26. 1. 1930 | Dortmund |
| Helmut Kahl | 29. 1. 1928 | Köln | Lotte Tenbücken | 16. 3. 1924 | Autobahnpolizei Düsseldorf |
| Ulrich Kenkmann | 12. 8. 1946 | Selm | Martha van der Bend | 18. 4. 1921 | Neuss |
| Hans Hermann Köller | 18. 2. 1928 | Mettmann | | | |

